



Freie Berufe



Dietmar Brockes, MdL,
stellvertretender FDP-
Fraktionsvorsitzender
im Landtag NRW

NRW
SPD

Thomas Eiskirch, MdL
wirtschaftspolitischer
Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion NRW

Andreas Krautscheid,
Generalsekretär der
CDU NRW

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Sylvia Löhrmann, MdL
Grünen-Fraktionsvorsit-
zende im Landtag NRW

NRW
CDU

die CDU, die Prüfsteine der Freien Berufe in der politischen Arbeit zu berücksichtigen und in die Diskussion einzubeziehen.

Als besondere Anerkennung kann sicher gewertet werden, dass die Freien Berufe in das Wahlprogramm der CDU aufgenommen und neben der Wirtschaft als eigenständige Gruppe berücksichtigt werden sollen. In diesem Zusammenhang könnte sich die CDU sogar vorstellen, das vom Verband vorgeschlagene „Institut der freiberuflichen Wirtschaft“ in das Programm aufzunehmen. Damit könnten die Freien Berufe in ihrer Gesamtheit von einer kontinuierlichen, wissenschaftlichen Erforschung langfristig profitieren.

Die CDU unterstützt das Selbstverwaltungsprinzip der Freien Berufe und macht deutlich, die Selbstverwaltung stärken zu wollen. Denn eine starke freiberufliche Selbstverwaltung entlastet aufgrund ihrer Bürgernähe und Fachkompetenz den Staat. Dies hatte NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers bereits in seiner Regierungserklärung im Jahr 2005 deutlich gemacht.

Auch die vom Verband geforderte Sicherung der Arzneimittelversorgung durch „die öffentliche, persönlich geführte, individuell verantwortete, unabhängige Apotheke“ findet die Zustimmung der NRW-CDU. Damit wendet sie sich ausdrücklich gegen die ausschließlich an Gewinnmaximierung orientierten Kapitalgesellschaften.

Die CDU unterstützt auch die Forderungen des Verbandes nach einer besseren ökonomischen und gesellschaftlichen Bildung in der Schule. Gerade die Sicherung der Ausbildungsreife, die Modernisierung der Ausbildungsstrukturen, der Ausbau der Studienanfängerplätze sowie der Rechts-

Antworten der im Landtag von NRW vertretenen Parteien zu den Wahlprüfsteinen des VFB NW

Mit mehr als anerkennenden Worten berücksichtigen die regierenden Parteien die Wahlprüfsteine, die vom Verband Freier Berufe NRW erstellt worden sind. Allein die Tatsache, dass sich alle Parteien zu den Prüfsteinen geäußert und mit ihren eigenen Wahlprogrammen abgeglichen haben, zeigt den Einfluss und die Anerkennung der Freien Berufe in der Politik.

Im Gegensatz zu den Fragen vieler anderer Branchen formulierte der Verband in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern

konkrete Forderungen. So hoben sich die Freien Berufe von den sonstigen Interessenvertretern deutlich ab. Die Positionen des Verbandes und seiner Mitglieder finden zum Teil Eingang in die Wahlprogramme der Parteien oder werden dort diskutiert.



Die CDU sieht die Freien Berufe als Stütze der Wirtschaft in NRW. Darauf machten der ehemalige und der neue Generalsekretär der CDU NRW, Hendrik Wüst und Andreas Krautscheid, in persönlichen Gesprächen aufmerksam. Daher stünde die Arbeit für die Freien Berufe „im besonderen Fokus“. Vor diesem Hintergrund plant

Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

hier bin ich Freiberufler. Hier darf ich's sein. Wenn Faust auf seinem Osterspaziergang sich des Lebens freut, hat er ganz bestimmt nicht an den Freiberufler im Frühling 2010 gedacht. Warum eigentlich nicht? Warum stehen die Sorgen und Nöte der Freien Berufe so wenig im Blickfeld der Öffentlichkeit. Hoch motiviert treten wir jeden Morgen unseren Kunden, Klienten oder Patienten gegenüber und freuen uns darüber, dass wir arbeiten können. Was viele nicht verstehen: Wir verdienen nur, wenn wir auch arbeiten. Bezahlter Urlaub, Überstundenausgleich, Weiterbezahlung im Krankheitsfall - Fehlzanzeige.

Laut des jährlichen Gehaltsreports des Manager Magazins mussten 2009 rund 25 % der Freiberufler Einkommenseinbußen hinnehmen, im Vergleich zu 17 % bei den Festangestellten.

Wir Freiberufler erfinden uns jeden Tag neu. Wir schaffen unsere eigenen Arbeitsplätze und die von unseren Mitarbeitern. Die Politiker hätten gerade in Wahlkampfzeiten die Möglichkeit, uns als Wählergruppe zu gewinnen. Die Parteien begrüßen unsere „Wahlprüfsteine“, die die Forderungen der Freien Berufe an die Politik beinhalten. CDU, SPD, FDP und die Grünen wollen diese für ihre Arbeit nutzen. Nach dem 9. Mai 2010, dem Tag der Landtagswahl, wird sich zeigen, welchen Stellenwert die Politik den Freien Berufen tatsächlich einräumt. Denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

Herzlichst bin ich Ihr

Hanspeter Klein

anspruch für Anrechnungsverfahren zur Nachqualifizierung von Migranten mit Berufs- und Universitätsabschlüssen ist der CDU ein besonderes Anliegen. Dies gilt auch für die Förderung der MINT-Qualifikationen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

Verbesserung gelobt die CDU außerdem bei der Beseitigung der Defizite im Bolognaprozess, insbesondere bei den Bachelorstudiengängen. Hier sieht die Regierungspartei Reformbedarf.



Die SPD nahm in einem ausführlichen Schreiben Stellung zu den Wahlprüfsteinen. Ein Zeichen dafür, wie ernsthaft man sich mit den Forderungen des Verbandes auseinandergesetzt hat. Für die SPD äußerte sich Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion NRW. Er sieht die Freien Berufe als „wichtiges Element der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ und macht deutlich, dass „die Belange der Freien Berufe bei politischen Entscheidungen jeweils mit zu berücksichtigen sind“.

Die SPD bekennt sich zum Erhalt der Kassenärztlichen Vereinigungen, sieht jedoch Reformbedarf. So spricht sie sich für eine „gerechte Verteilung der Gelder“ aus, „um die weiter steigende Verunsicherung bei Ärzten und Ärztinnen, bei Patientinnen und Patienten zu beenden“. Die SPD fordert „die einzigartige Situation zu beenden, über keine landeseinheitliche Kassenärztliche Vereinigung zu verfügen“. Zwei Kassenärztliche Vereinigungen würden zu „Intransparenz und zu unterschiedlichen Verträgen innerhalb eines Bundeslandes“ führen.

Die NRW-SPD setzt sich zwar auch für die vom Verband geforderte Stärkung der „öffentlichen, persönlich geführten, individuell verantworteten unabhängigen Apotheke“ ein, sieht jedoch gleichzeitig „Entwicklungsmöglichkeiten“ bei den Qualitätskriterien, die nachweislich erfüllt werden müssten. Darüber hinaus sehe die SPD keine Veranlassung, den Versandhandel mit apothekenpflichtigen Arzneimitteln einzuschränken, sofern dieser von der Landesbehörde zugelassen ist.

Mit der SPD werde es keine Steuererleichterungen auf Kosten der „sozial Benachteiligten“ geben. Steuereinnahmen tragen einen leistungsstarken Staat. Das „Hauptaugenmerk zur Stärkung der Wirtschaft liegt bei“ der SPD „auf Beschäftigungssicherung gepaart mit der Schaffung einer neuen Investitionskultur und der Stärkung der Binnennachfrage.“ Vor diesem Hintergrund kann sich Eiskirch auch die vom Verband vorgeschlagenen verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten vorstellen, ist allerdings „gegen eine pauschale Abschaffung der Erbschaftsteuer“.

Ausdrücklich unterstützt die SPD unter anderem die Vorschläge des Verbandes zur Verbesserung der Ausbildungsreife, zur Durchlässigkeit der Bildungsbereiche sowie den Ausbau der Studienanfängerplätze. Auch die vom Verband geforderte Stärkung der MINT-Qualifikationen zur Behebung des Fachkräftemangels ist ganz im Sinne der SPD. Gleichzeitig nimmt sie jedoch die Wirtschaft in die Pflicht, ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Die Einrichtung eines Schulfachs „Wirtschaft und Freie Berufe“ sieht die Partei allerdings kritisch.



Die FDP nimmt die Freien Berufe explizit als eigene Gruppe in ihr Wahlprogramm auf. Für die Liberalen nahm Dietmar Brockes, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion Stellung. Im Programm heißt es unter anderem: „Die über 200.000 Freiberufler in Nordrhein-Westfalen mit ihren über 650.000 Beschäftigten und 30.000 Auszubildenden sind ein ebenso wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Ihre Leistung wird zu oft nicht hinreichend gewürdigt. Für die FDP sind sie ein wichtiger Bestandteil der Mittelstandspolitik. Zugleich haben die Freiberufler eine große gesellschaftspolitische Bedeutung. Die FDP will die Freien Berufe weiterhin nach Kräften unterstützen, damit sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihre enorme Bedeutung für die Gesellschaft und als Wirtschaftsfaktor noch ausbauen können.“

Die NRW-FDP will insbesondere sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu modernen Fachräumen für den Unterricht in Naturwissenschaften, Technik und Informatik erhalten. Die FDP setzt



Auch Bündnis 90/Die Grünen bezog zu den Prüfsteinen Stellung. Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag von NRW, Sylvia Löhrmann, betont das wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Freiberuflern und ihren Auftraggebern bzw. Klienten, das sich von der „im Wesentlichen ökonomisch geprägten Kundenbeziehung in der gewerblichen Wirtschaft unterscheidet“. Daher seien die Freien Berufe ein „Garant der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge“.

Allen voran liegen der ehemaligen Schulpolitikerin die Vorschläge des Verbandes zum „Fachkräftemangel und Schule am Herzen“: „Wir Grüne teilen die von Ihnen angesprochenen Punkte.“ Zur allgemeinen Verbesserung der Bildungsqualität ist es ihr Ziel, die „Bildungsgänge in der Sekundarstufe zu öffnen, zu erweitern und zusammenzuführen, mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens“. Zwar stehen die

„bei der Nachwuchsgewinnung in diesem Bereich auf eine möglichst frühe und über die ganze Bildungskette angelegte Motivation und Qualifikation“. Sie „setzt sich für eine Modernisierung im Bereich der dualen Ausbildung, d. h. unter anderem für eine bedarfsgerechte Modularisierung ein“.

Mit der Gemeinschaftsoffensive Zukunft durch Innovation.NRW will die FDP möglichst viele Schülerinnen und Schüler für ein ingenieur- und naturwissenschaftliches Studium begeistern. Die Initiative soll die Innovationskraft des Landes langfristig sichern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Wie die anderen Parteien verkennt auch die FDP nicht, dass es bei der Umsetzung des Bolognaprozesses noch Verbesserungsbedarf gibt.

„Die besondere Verantwortung der FDP für den nordrhein-westfälischen Mittelstand gilt auch in der Europapolitik.“ So plant sie die Europafähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen weiter zu stärken, damit sie besser als bisher

Grünen dem Schulfach „Wirtschaft“ eher skeptisch gegenüber, sie befürworten jedoch, die besondere Funktion der Freien Berufe „im Sinne eines fächerübergreifenden und insofern breit ausgerichteten Querschnittsansatzes deutlich zu machen“.

Löhrmann teilt hingegen die Auffassung, dass der Bolognaprozess zahlreiche Defizite enthält, und stellt fest: Die Landeregierung hat „die Hochschulen viel zu lang (...) alleine gelassen“.

Unterschiedlicher Auffassung ist man bei der vom Verband geforderten Abschaffung der Erbschaftssteuer. Hier sehen die Grünen die Erbschaftssteuer als „Gerechtigkeitssteuer“: Die „Besteuerung einer leistungsfernen Weitergabe hoher Vermögen“ zählt „zur Generationengerechtigkeit“. Die NRW-Grünen fordern jedoch auch einen deutlich höheren Freibetrag für Betriebsvermögen, um kleine und mittlere Betriebe zu verschonen.

von den Möglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes profitieren können.

Die FDP ist „für die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung mit Haus- und Fachärzten sowie dem ambulanten ärztlichen Notfalldienst“: Sie will sich „auch künftig dafür einsetzen, dass die Ziele des Landesprogramms erreicht und verstetigt werden, damit gerade im ländlichen Bereich der drohende Ärztemangel vermieden wird und vor allem unsere älteren und immobilen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf ein verlässliches Gesundheitsangebot vertrauen können.“

„Damit der Arztberuf in Nordrhein-Westfalen wieder attraktiver wird,“ wird sich die NRW-FDP „auf der Bundesebene für eine gerechte, transparente und nachvollziehbare Honorarordnung einsetzen. Die nordrhein-westfälischen Ärzte dürfen nicht länger schlechter vergütet werden als ihre Kollegen in den benachbarten Bundesländern.“

Geht es um die Forderung nach Erhöhung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, stimmen die Grünen ausdrücklich zu. So hätte sich die Partei bereits 2007 für deren Anhebung von damals 150 Euro auf 1.500 Euro pro Jahr ausgesprochen.

Genauso unterstützen die Grünen den Verband darin, dass die Freien Berufe „eine besondere Unterstützung der Kreditwirtschaft benötigen“ und die Kreditanträge „nicht nur rein formal auf der Grundlage der jeweiligen Eigenkapitalquote entschieden werden dürfen“.

Auch bezüglich der Arzneimittelversorgung durch die öffentliche Apotheke stimmt die Partei mit den Vorstellungen des Verbands weitgehend überein. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung erwarten die Grünen jedoch, dass die Apotheker gerade im ländlichen Raum ihre Rolle als Heilberufler weiterentwickeln.

Sechs Fragen an Dr. Windhorst



Dr. med.
Theodor Windhorst,
Präsident der Ärztekammer
Westfalen-Lippe

Verband Freier Berufe NRW: „Es gibt Ärztemangel in Deutschland“ war Ihre Aussage im Februar. Sie sprechen von 1.000 fehlenden Ärzten allein in den Krankenhäusern. Ist die Patientenversorgung in Gefahr?

Dr. Theodor Windhorst: Der Ärztemangel ist seit Langem bekannt. Bundesweit fehlen 5.000 Mediziner stationär und 4.000 Vertragsärzte. In Gebieten wie dem Siegerland oder im Münsterland bekommt man keinen Hausarzt. Zwar bietet das Ministerium 50.000 Euro für die Ansiedlung der Ärzte, aber Geld ist nicht alles. Einerseits fehlt die Querfinanzierung der Praxen durch Privatpatienten, andererseits fehlt die Infrastruktur für eine moderne Familie, wie Arbeitsmöglichkeiten für die Arztfrau, Kinderbetreuung und Schulen. Hier sind die Kommunen gefragt.

VFB NW: Unbesetzte Stellen, unbezahlte Überstunden, Mammutdienste – davon wird schon seit Jahren gesprochen. Warum geschieht dennoch so wenig?

Windhorst: Unsere im letzten Jahr durchgeführte Studie hat eine Befragung des Marburger Bunds aus dem Jahr 2005 bestätigt: Nur jeder 20. Krankenhausarzt geht pünktlich nach Hause. 44 Prozent bekommen keine Vergütung oder wenigstens einen Freizeitausgleich. Der Arztberuf ist in den letzten Jahren spezialisierter geworden und mehrere Ärzte decken ein gemeinsames Fachgebiet ab. Daher brauchen wir dringend mehr Ärzte, um das Problem des Arbeitszeitgesetzes zu beheben.

VFB NW: Wäre Streik ein Druckmittel, um Gerechtigkeit durchzusetzen?

Windhorst: Nein, denn Streik trifft zuerst die Patienten. Der Arztberuf muss wieder attraktiv werden. Ich fordere daher eine konzertierte Aktion mit Verantwortlichen aus Politik, Krankenhausträgern und Ärzten, um arztentlastende Tätigkeiten zu schaffen. Wir müssen uns intensiver um den Nachwuchs kümmern. Vor allem muss die Arbeitsplatzsituation verbessert werden. Die Rahmenbedingungen sind zu schlecht. Die Überfrachtung mit Bürokratie und Dokumentation sorgt für bis zu drei Stunden am Computer. Zeit, die man am Patienten haben sollte. Was fehlt, ist die Wertschätzung der ärztlichen Arbeit.

VFB NW: Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen Sie von der „Verweiblichung der Medizin“. Was meinen Sie damit?

Windhorst: Die Frauen stehen ihren Mann. Aber, ihre Lebensplanung ist einfach anders als bei Männern. Frauen wollen in der Regel auch lieber als angestellte Ärztinnen tätig sein. Daher plädiere ich für mehr Teilzeitstellen und mehr Rücksicht auf Familie und Beruf. Immerhin sind 65 % der Universitätsabgänger im Fach Medizin Frauen. Frauen sollten Familie und Beruf unter einen Hut bekommen können.

VFB NW: Wäre das Studium ohne Abitur eine Lösung für den Nachwuchsmangel. Man könnte Mediziner ausbilden, die z. B. nicht operieren dürften. Wäre das nicht gerade für die medizinische Versorgung auf dem Lande eine Alternative?

Windhorst: Das Abitur bleibt, aber nicht das NC-orientierte, sondern der eignungsorientierte Studienzugang. Abitur soll auch weiter ein Bestandteil der Zugangsberechtigung sein. Aber auch ein nicht so gutes Abitur sollte zum Studium führen. Die private Hochschule Witten-Herdecke hat dazu ein mehrtägiges Aufnahmeverfahren. Dieser ganzheitliche Ansatz wäre ein neues Vorbild. Wir sollten den rein naturwissenschaftlichen Schwerpunkt der Ausbildung hinterfragen. Es tut gut, Ethik und Patientennähe stärker in die Ausbildung einzubringen. Schließlich ist Medizin Empirie plus Naturwissenschaft. Die Studenten werden viel zu spät an den Patienten gelassen, um eigene Erfahrungen zu sammeln.

VFB NW: Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Stellen Sie sich vor, Sie hätten drei Wünsche bei der zukünftigen Landesregierung frei. Was würden Sie sich wünschen?

Windhorst: 1. Ich wünsche mir eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung in Sachen Nachwuchsförderung und mehr Lehrstühle für das Fach Allgemeinmedizin.

2. Ich wünsche mir Gespräche mit den Geschäftsführern der Krankenhäuser über die nachhaltige Finanzierung, unter dem Aspekt der Wertschätzung wirtschaftlicher, entbürokratisierter Arbeit.

3. Ich wünsche mir, dass der Freie Beruf eine Berufsperspektive im eigenen Land behält. In den letzten fünf Jahren sind 20.000 Ärzte ins Ausland abgewandert.

VFB NW: Der Verband Freier Berufe NRW tritt für den Stand der Ärzte als Freiberufler ein. Ist der Status auf lange Sicht zu halten oder wird der Arzt zunehmend auch zum Unternehmer?

Windhorst: Die Freiberufler sollen auch in Zukunft eine besondere Berufsgruppe bei den Ärzten sein. Übrigens ist laut Definition auch der angestellte Arzt im Krankenhaus Angehöriger der Freien Berufe. Er arbeitet mit der gleichen Eigenverantwortung und Selbstständigkeit wie sein niedergelassener Kollege.

Herr Dr. Windhorst, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Impressum

 **Verband Freier Berufe**
im Lande Nordrhein Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4361799-0
Fax: 0211 4361799-19
info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion:
André Busshuven, Daniela Leminski,
Gitta Kleinberger (Pressebüro Kleinberger,
Düsseldorf)

Konzept und Gestaltung: InDeMa, Essen

Druck: Koch Druckerei & Verlags GmbH, Neuss

Bildnachweis: Eiskirch, Löhrmann, VFB NW